

Pegida stoppen

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten!

Rassismus und Terror den Boden entziehen!

Gemeinsam kämpfen für gut bezahlte Arbeit, Soziales und gleiche Rechte für Alle!



Bergida, Kagida, Mügida ... Nicht nur in Dresden, vielerorts wird seit Wochen gegen den Islam gehetzt. Zudem schlachten die Gidas seit dem 7. Januar den Anschlag von Paris schamlos aus.

von Aron Amm

Um die 12 Opfer von Paris trauern weltweit Millionen Menschen aller Nationalitäten und Glaubensrichtungen. Der Aufstieg von Kräften des rechten politischen Islam einerseits und von Pegida und anderen Rassisten andererseits hat dieselben Ursachen: Ausbeutung, Krisen, Zukunftsängste, Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit. Deshalb ist es nötig gemeinsam gegen Rassismus und Terror und deren Ursachen zu kämpfen.

Denn es sind nicht Muslime und Muslime, die Wuchermieten verlangen, sondern deutsche Spekulanten. Nicht MigrantInnen sind dafür verantwortlich, dass Kommunen ausbluten, an der Bildung und im Sozialbereich gespart wird, sondern deutsche Unternehmer und Regierende.

Was hat es mit den Gidas auf sich?

Nehmen wir zum Beispiel Bogida: In Bonn gingen Montags mehrfach 2-300 Menschen auf die Straße. Drahtzieher ist die rechtsextreme ProNRW. Ein Gros der Teilnehmer sind Nazis. So oder ähnlich sieht es in den meisten anderen Städten aus, wo es zu Gida-Demos kommt.

In Dresden ist das Bild ein anderes. Es sind nicht bloß Hunderte, sondern 15.000 und mehr. Auch dort docken Faschisten an, kommen etliche von auswärts angereist. Außerdem zeigen Umfragen, dass nicht nur in der Elbstadt, sondern bundesweit viel Verwirrung herrscht, rückständige Ideen Unterstützung finden und laut Allensbach beispielsweise 60 Prozent das Problem einer angeblichen „Islamisierung“ sehen. Wie konnte es dazu kommen?

Rassismus von oben – und die Folgen

Deutschland ist ein reiches Land. Aber nirgendwo in Europa klappt die Schere zwischen Arm und Reich so eklatant auseinander. 0,02 Prozent besitzen knapp 25 Prozent des Vermögens. Unterdessen steckt ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor fest. Bei der Bildungs- und Gesundheitspolitik, aber auch in den Kommunen wird seit Jahren der Rotstift angesetzt.

Ein wesentlicher Teil derjenigen, die sich in Dresden dem Pegida-Banner angeschlossen haben, werden zum sogenannten Mittelstand gezählt, darunter kleine Selbstständige. Aber sie fürchten

angesichts der globalen ökonomischen Erschütterungen den sozialen Abstieg.

Gleichzeitig werden immer wieder „Das Boot ist voll“-Kampagnen gestartet und von oben Rassismus betrieben: Von der Abschaffung des Asylrechts über die jetzige Abschiebep Praxis bis hin zu Massenunterkünften von Flüchtlingen in Schulen oder auf Sportplätzen. Dazu wurde in jüngster Zeit von BILD bis Spiegel die Gefahr des Islams an die Wand gemalt.

Vor diesem Hintergrund versuchen die treibenden Kräfte von Pegida existierende Ängste für ihre Zwecke auszunutzen.

Wie Rassismus bekämpfen?

In ihrer Neujahrsansprache hat CDU-Kanzlerin Angela Merkel dazu aufgerufen, sich nicht an Pegida-Demos zu beteiligen. Ähnliche Töne schlagen die Arbeitgeberverbände an. Sie befürchten derzeit Imageschäden im Ausland und das Wegbleiben von Fachkräften. Darüber hinaus gefällt ihnen die politische Destabilisierung nicht. Den etablierten bürgerlichen Parteien passt es außerdem nicht in den Kram, wenn die „Alternative für Deutschland“ auf ihre Kosten zulegen kann.

Dabei haben die etablierten Parteien nichts gegen die Diskriminierung von MigrantInnen, sondern sind selber für staatlichen Rassismus verantwortlich. Bei einem „Aufstand der Anständigen“ sind Merkel und Co. fehl am Platz. Denn es ist „unanständig“, Flüchtlinge abzuschleppen. Es ist „unanständig“, Kriege zu führen. Es ist „unanständig“, Sozialraub zu betreiben.

Was also tun gegen die Gidas? Um die Aufmärsche unmittelbar zurückzudrängen, sind massenhafte Gegenmobilisierungen nötig. Diese können größer werden, wenn sie sich auch gegen die sozialen Missstände in diesem Land wenden und die Verantwortlichen dafür beim Namen nennen. Um Pegida, AfD et cetera den Boden zu entziehen, sind politische Alternativen nötig, vor allem auch zu den pro-kapitalistischen Parteien des Sozialabbaus und der Politik für Banken und Konzerne. Deshalb sind diese auch die falschen Bündnispartner im Kampf gegen Pegida und AfD. Im Gegenteil: Sie treiben ja gerade Menschen in die Arme der Rechtspopulisten.

Ne nous laissons par diviser – wir lassen uns nicht spalten!

Überall sind Menschen entsetzt über den grausamen Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ in Paris, der zwölf Todesopfer forderte. Diese Terroristen, die im Namen einer Religion Krieg führen, haben viel gemein mit den Kräften, die hinter Pegida stecken: Beide Seiten führen einen „Kulturkampf“, sind gegen Linke, die Arbeiterbewegung, demokratische Rechte. Beide Seiten fördern mit ihrem Vorgehen die Spaltung. Was bloß den Herrschenden hilft, ihre barbarischen Kriege und ihre Verarmungspolitik fortzusetzen.

Weitere Informationen auf der Rückseite...

Entscheidend ist, dass gemeinsame Kämpfe von Lohnabhängigen und Erwerbslosen für soziale Verbesserungen organisiert werden. Diese wären das beste Mittel gegen Rassismus, weil sie deutlich machen, dass deutsche und nichtdeutsche Lohnabhängige, Jugendliche, RentnerInnen, Erwerbslose dieselben Interessen haben. So könnte die Spaltung überwunden werden. Hier liegt die Verantwortung vor allem bei den Gewerkschaftsführungen, entschlossene Kämpfe und eine Kampagne gegen Rassismus und seine Ursachen zu führen (siehe Seite 2).

Für den Aufbau einer grundlegenden Alternative

Lohnabhängige brauchen aber auch eine politische Partei, die konsequent ihre Interessen vertritt. Der Aufbau einer solchen Alternative könnte den Rechtspopulisten das Wasser abgraben. Die Partei DIE LINKE ist der einzige heute konkret existierende Ansatzpunkt dafür. Gemeinsam

mit anderen setzen sich SAV-Mitglieder in der LINKEN dafür ein, sich SPD und Grünen nicht anzubiedern, sondern einen kämpferischen Kurs zu verfolgen.

Dazu braucht sie ein sozialistisches Programm und darf sich nicht den so genannten Sachzwängen der kapitalistischen Profitlogik unterordnen.

Malcolm X hat Recht: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“ Da einer kleinen Minderheit die Banken und Konzerne gehören, da eine kleine Minderheit in Wirtschaft und Gesellschaft an den Schalthebeln der Macht sitzt, müssen sie immer wieder davon ablenken, die große Mehrheit der Beschäftigten und Erwerbslosen spalten. Das gilt aus ihrer Sicht heute mehr denn je: Aufrüstung, Kriege, Sozialkassenschlag ... Das kapitalistische System steckt in seiner tiefsten Krise seit über 80 Jahren. Deshalb ist es nötig, den Kampf gegen Rassismus, Militarismus, Verarmung mit dem Kampf für ein andere Gesellschaft zu verbinden. ■



„LINKE und Gewerkschaften müssen handeln. Das heißt zum einen, selbst zu antirassistischen Demonstrationen zu mobilisieren. Zum anderen sollte über die rassistischen Lügen von Pegida durch Massenflugblätter und Plakate aufgeklärt werden. Sinnvoll wären auch Versammlungen in den Wohnvierteln. Dort sollte diskutiert werden, wie man gemeinsam gegen Sozialabbau und Mietwucher vorgeht. Denn dies ist in Dresden, wie in vielen anderen Städten, ein Riesenproblem. Ein gemeinsamer Kampf von MigrantInnen und Deutschen - zum Beispiel für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft und den Bau bezahlbarer guter Wohnungen - wäre ein wichtiger Schritt. Die rassistischen Schreihälsen von Pegida könnten so in die Schranken gewiesen werden.“

Steve Hollasky, SAV Dresden

Gewerkschaften und LINKE müssen handeln!

Für eine Kampagne gegen Rassismus und seine Ursachen

Rassismus macht MigrantInnen zu Sündenböcken für soziale Probleme. Rassismus ist nicht nur Pegida, sondern auch unmenschliche Asylpolitik und undemokratische Sondergesetze für MigrantInnen. Rassismus soll die von sozialen Problemen Betroffenen spalten und davon abhalten, gemeinsam für Verbesserungen zu kämpfen. Rassismus ist ein Mittel der „Teile und herrsche“-Politik von Regierung und Kapital. Das bedeutet: Rassismus ist nicht nur gegen MigrantInnen gerichtet, sondern auch schädlich für alle Lohnabhängigen, egal welcher Nationalität oder Religionszugehörigkeit. Denn nur gemeinsam können bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, höhere Steuern für die Reichen und so weiter erkämpft werden.

von Sascha Stanicic

Anti-Sarrazin

Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Kapitalismus

161 Seiten 11,90 Euro
Erhältlich unter
www.sozialismus.info/shop



Nach dem Terroranschlag von Paris

Spirale von Krieg, Rassismus und Terror stoppen!
Alle Auslandseinsätze beenden, und zwar sofort!

Der Anschlag auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, dem zwölf Menschen zum Opfer fielen, wird von Pegida für ihre Zwecke genutzt. Dabei haben die Drahtzieher der Gidas und die rechten islamischen Fundamentalisten viel gemeinsam.

von Aron Amm

Sowohl Pegida als auch die rechten islamischen Fundamentalisten ignorieren den Interessensgegensatz von Arm und Reich, oben und unten, Herrschenden und Beherrschten. Stattdessen führen sie einen „Kulturkampf“.

Sowohl Pegida als auch die rechten islamischen Fundamentalisten richten ihren Hass gegen Linke, die organisierte Arbeiterbewegung und gegen demokratische Rechte.

Sowohl Pegida als auch die rechten islamischen Fundamentalisten haben keine Probleme mit Ausbeutung und Kriegen, wenn es ihren nationalen und angeblich „religiösen“ Zielen entspricht.

Terroristen wie die vom Anschlag am 7. Januar in Paris behaupten, damit etwas für die Verteidigung von Muslimen und Muslima zu tun. Aber was sind die Konsequenzen solcher irrsinnigen Gewaltakte? MigrantInnen, die ohnehin zu den am meisten benachteiligten Schichten der Gesellschaft zählen, müssen befürchten, noch mehr als schon zuvor aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion Diskriminierung ausgesetzt zu sein.

Wir fordern:

- Rassismus schafft keine Jobs – Geld für gut bezahlte Arbeitsplätze statt für Banken und Konzerne
- Gemeinsam kämpfen für Bildung, Soziales und Wohnraum
- Asylrecht wiederherstellen – Bleiberecht für alle
- Gleiche Rechte für alle – gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung
- Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen: Stopp aller Rüstungsexporte Schluss mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Abschaffung von Residenzpflicht, Arbeitsverboten und allen Sondergesetzen für MigrantInnen
- Nein zur Festung Europa und zum mörderischen Grenzregime
- Für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in verfügbaren Wohnungen oder Beschlagnahme von Wohnraum, der aus Spekulationsgründen leer steht
- Für eine zehnpromille Millionärssteuer und eine drastische Besteuerung von Unternehmensgewinnen
- Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit – demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt
- Für sozialistische Demokratie weltweit

Wenn dieser Zusammenhang der Masse der ArbeiterInnen und Angestellten in der Bundesrepublik deutlich gemacht wird und sie auf dieser Basis aufgefordert werden, sich gegen Pegida, Rassismus und gegen die Politik für die Banken und Konzerne zu engagieren, sind viel größere Demonstrationen möglich und könnten die Rassisten ganz schnell in die Schranken gewiesen werden.

Die Verantwortung dafür, ob das geschieht oder nicht, hat in erster Linie die Gewerkschaftsführung, in zweiter Linie die Partei DIE LINKE. Mit seinen über sechs Millionen Mitgliedern hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Einzelgewerkschaften enorme Möglichkeiten, den Gida-Rassisten einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Nicht zuletzt sollten die Gewerkschaften auch Flüchtlinge als Mitglieder aufnehmen.

Aufklärungskampagne

Wir fordern deshalb die Führungen von Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE auf, eine Kampagne gegen Rassismus und seine Ursachen zu organisieren. Diese soll zum Ziel haben, in der Bevölkerung über die wahren Ursachen für soziale Probleme aufzuklären und gemeinsame Kämpfe für soziale Verbesserungen anzustoßen. Sie könnte um folgende Forderungen herum entwickelt werden: Rassismus den Boden entziehen; Asylrecht wiederherstellen – Bleibe-

recht für alle; Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne – gut bezahlte Arbeit und gleiche Rechte für alle!

Wie könnte eine solche Kampagne aussehen? Es könnten millionenfach Flugblätter in allen größeren Betrieben und in den Stadtteilen verteilt werden und eine Plakat-Kampagne gestartet werden. Die Gewerkschaften könnten überall Betriebsversammlungen und spezielle Versammlungen für Vertrauensleute und Betriebs- und Personalräte durchführen.

Tarifaueinandersetzungen

Die laufenden Tarifaueinandersetzungen sollten genutzt werden. Hier weiß jedes Gewerkschaftsmitglied: Nur wenn deutsche und nicht-deutsche KollegInnen zusammen stehen, können die Forderungen durchgesetzt werden. Diese einfache Erkenntnis sollte politisch verallgemeinert werden und im Rahmen dieser Kämpfe gegen Rassismus und in Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen mobilisiert werden. Das kann beinhalten, auf den Streikkundgebungen und -versammlungen RednerInnen der antirassistischen und Flüchtlingsbewegung einzuladen oder als betriebliche Gewerkschaftsdelegationen an antirassistischen Demonstrationen teilzunehmen. Das könnte aber auch einen gemeinsamen Proteststreik gegen Rassismus und für soziale Verbesserungen beinhalten.

Antirassistischer Aufkleber des DGB.



Bundesweite Großdemonstration

Gemeinsam auch mit anderen antirassistischen Organisationen könnten LINKE und Gewerkschaften Stadtteilversammlungen durchführen. Teil einer solchen Kampagne müsste natürlich sein, örtliche Demonstrationen durchzuführen. Aber zu diesen müsste mit großer Anstrengung mobilisiert werden, nicht nur per formalem Aufruf, sondern indem die Mitglieder dazu angesprochen und persönlich mobilisiert werden. Höhepunkt einer solchen Kampagne könnte eine bundesweite Großdemonstration sein, die deutlich macht, dass die Gida-AnhängerInnen nicht „das Volk“, sondern eine Minderheit, sind.



„Wo gehen nur unsere Steuern hin? Auf die Köpfe der Syrer...“ Karikatur des ermordeten Karikaturisten Charb

Anstrengungen verstärkt werden, ein System, in dem für Profitinteressen tagtäglich buchstäblich über Leichen gegangen wird, und in dem diese Gewalt auf verschiedenen Wegen reproduziert wird, ein für alle Mal zu überwinden.

Ne nous laissons pas diviser - wir lassen uns nicht spalten!

Gauche Révolutionnaire, die französische SAV-Schwesterorganisation, erklärte zu dem Anschlag von Paris:

„Dieser abscheuliche und feige terroristische Akt stärkt all diejenigen reaktionären Kräfte, die die ArbeiterInnen und Jugendlichen anhand ethnischer oder religiöser Linien spalten wollen.“

Dieser Angriff wird den herrschenden Klassen und den Kapitalisten dienen. Gleichsam können sich Hollande, Sarkozy oder Le Pen als Verteidiger der Freiheit aufspielen, während sie es sind, die Arbeitskämpfe unterdrücken, MigrantInnen stigmatisieren und unsere Rechte mit Füßen treten.

Das Klima der Islamphobie wird immer bedrückender. All das führt zu einer Atmosphäre, in der sich Muslime und Muslima in Frankreich unter Beschuss fühlen. Wir verurteilen jede Form des Rassismus, der Islamphobie, des

Antisemitismus und Sexismus. Und wir kämpfen für eine Welt der Solidarität, der Brüderlichkeit und Toleranz. (...)

Für die Einheit der ArbeiterInnen, der Jugendlichen und der Masse der Bevölkerung, ungeachtet ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit. Für die Meinungsfreiheit und gegen religiöse und sonstige Reaktionäre, gegen Terrorismus, gegen die rassistische und imperialistische Politik der französischen Regierung, die in sektiererische Spaltung, Intoleranz und Obskurantismus mündet.“

Die vollständige Erklärung findet sich auf www.sozialismus.info

Gauche Révolutionnaire und die SAV sind Mitglieder im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers' International). Weitere Infos unter www.socialistworld.net

Pegida behauptet, dass eine „Islamisierung“ drohe.

Fakt ist, dass der Anteil der MuslimInnen in der Elbstadt bei gerade mal 0,4 Prozent liegt. Bundesweit sind es fünf bis sieben Prozent.

Pegida behauptet, dass die Kosten für Flüchtlinge exorbitant hoch seien.

Fakt ist, dass die Kosten für Rüstung exorbitant hoch sind. Die Rüstungsausgaben der Bundesregierung betragen das 30-fache dessen, was für AsylbewerberInnen ausgegeben wird.

Pegida behauptet, dass die BRD Bildungsprobleme habe, weil es zu viele Flüchtlinge geben würde.

Fakt ist, dass der deutsche Wehretat das Dreifache dessen verschlingt, was heute für Bildung ausgegeben wird.

Pegida behauptet, dass sich Flüchtlinge nicht integrieren würden.

Fakt ist, Flüchtlinge dürfen sich nicht frei bewegen. Arbeiten ist Asylsuchenden und Geduldeten in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten. Auch danach haben sie kaum Chancen auf einen Job, weil es „bevorrechtigte Arbeitnehmer“ (Deutsche, aber auch EU-Ausländer und anerkannte Flüchtlinge) gibt.

Pegida behauptet, dass die Kommunen überfordert seien.

Fakt ist, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren drastisch gesunken sind, weil Betriebe und Reiche entlastet wurden. Würden noch die Steuergesetze von 1998 gelten, wären über 50 Milliarden Euro jährlich mehr in den Kassen.

Für eine kämpferische und sozialistische LINKE

SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info 030 / 247 238 02 info@sav-online.de
[facebook.com/sozialistischealternativesav](https://www.facebook.com/sozialistischealternativesav)